



Niederschrift

über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses 05/2008-2013 am 26.01.2009 in Raum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzende	Annette Marquis
Ausschussmitglied	Simone Brocks
”	Gudrun Hohn
”	Karin Honerlah
”	Edda Lessing
”	Roswitha Ramcke
”	Christiane Schwarz
stellv. Ausschussmitglied	Elisabeth v. Bressensdorf (für AM Gerhard Krambeer)
”	Bettina Klemm (für AM Doris Dosedahl)
”	Siegfried Ramcke (für AM Christiane Bohnert)
”	Joachim Süme (für AM Margitta Neumann)
unentschuldigt fehlt	Silke Schmude (AM ohne Stimmrecht)
seitens der Gemeindeverwaltung	Volker Dornquast, Bürgermeister Anja Riemer (FBL 2) Lars Möller (SGL 2.1) Angela Klimpel (SGL 2.2) als Protokollführerin
als Gäste zu TOP 3	Margot Hillebrenner, Realschule im Schulzentrum Almut Hübner, Schule am Beckersberg
als Gast zu TOP 4	Hans Bloßfeldt, Cafeteria/Mensa im Schulzentrum
als Gast zu TOP 5	Finn Christopher Sfeffen, Kinder- u. Jugendvertretung

Frau Marquis begrüßt alle Anwesenden und die o.g. Gäste. Sie berichtet, dass der Bürgervorsteher Carsten Schäfer nicht an der Sitzung teilnehmen kann. Die ebenfalls eingeladenen Elisabeth Horsinka (Förderschule Beckersberg) und Holger Klose (Realschule im Schulzentrum) werden ebenfalls entschuldigt.

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses 04/2008-2013 am 01.12.2008**
- 3. Raumprogramm Gemeinschaftsschule Beckersberg**



4. Mensaumbau im Alstergymnasium
5. Einrichtung eines Basketball-/Multifunktionsspielfeldes
- Antrag der Kinder- u. Jugendvertretung -
6. Unterrichtungen / Anfragen
7. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:
Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kinder- und Jugend-
ausschusses 04/2008-2013 am 01.12.2008

Frau Lessing weist darauf hin, dass nach ihrer Auffassung ein grundsätzliches Missverständnis zum Thema Schülerbeförderung vorliegt. Diese Anmerkung bezieht sich auf Seite 11 (TOP 7b) der Niederschrift. Es ist keine Änderung der Niederschrift erforderlich. Die Auswirkungen der neu gefassten Kreissatzung sollen aber noch einmal geklärt werden (siehe auch TOP 7a der heutigen Sitzung).

Frau Schwarz fragt zu Seite 5 (TOP 4) der Niederschrift, ob es schon einen Entwurf für die Vereinbarung mit dem Sportverein SV Henstedt-Ulzburg u.a. gibt. Dieses ist nicht der Fall.

Die Niederschrift wird ohne Änderung genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:
Raumprogramm Gemeinschaftsschule Beckersberg

Den Ausschussmitgliedern ist eine Vorlage zugegangen, die aus einem Textteil, zwei Zeichnungen, einer Liste des Raumbestandes zum 31.12.2008 und einer Liste mit dem Entwurf des Raumprogramms besteht. Diese werden vom Bürgermeister erläutert. Er führt aus, dass vorab ein Gespräch zwischen der Verwaltung und den betroffenen Schulleiterinnen (Grundschule, Förderschule, Hauptschule, Realschule) geführt wurde. Außerdem wurden an den Schulen Arbeitsgruppen für die zukünftige Schulzusammenführung gebildet. Bei der Raumprogrammentwicklung wurden die prognostizierten Schülerzahlen zugrunde gelegt.

Er stellt anhand der Zeichnung die Bereiche für die Grundschule, die Gemeinschaftsschule, den Ganztagsbereich sowie die Verwaltungs- und Nebenräume vor. Er weist darauf hin, dass der Hort weiterhin nur als Frühhort (Außenstelle der Kita Bürgerhaus - Betreuung 1. Klassen vor Schulbeginn) vorgesehen wurde, nachdem die Kita-Leiterin und die Schulleiterinnen sich gegen eine vollständige Unterbringung des Hortes im Schulgebäude ausgesprochen haben. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Schulhofumgestaltung und -erweiterung zeitnah vorgenommen werden muss.

Anschließend erhalten die Schulleiterinnen Frau Hübner (Schule am Beckersberg) und Frau Hillebrenner (Realschule im Schulzentrum) die Gelegenheit zur Stellungnahme.



Frau Hübner führt für den Grundschulbereich aus, dass dort heute Computerunterricht gegeben wird (1 Computerraum in Klassengröße für die Grundschule und 1 in Klassengröße für die Hauptschule vorhanden - siehe Liste Raumbestand Seite 1 unten (R 70) und Seite 2 Mitte (R 60)). Im Raumprogramm der Verwaltung ist vorgesehen, den derzeitigen Computerraum (R 60) in zwei Gruppenräume aufzuteilen und hier eine EDV-Ausstattung für die Nutzung als Computerraum vorzusehen. Ein dritter Gruppenraum (R 04 tlw.) ist vorgesehen.

Sie erklärt, dass bei dieser Raumaufteilung der Computerunterricht für die Grundschüler in der heutigen Form nicht mehr möglich sein wird, da die Gruppenräume keine Klassengröße haben. Wenn die Räume doch für Computerunterricht genutzt würden, wären zwei Gruppenräume blockiert. Die Anzahl der Gruppenräume ist ohnehin knapp bemessen, so dass dieses nicht in Betracht kommt.

Frau Hübner stellt weiterhin fest, dass ein Raum für das Grundschulmaterial fehlt. Im Entwurf des Raumprogramms (Seite 5 Mitte) ist ein Lehrmittelraum mit 36,50 m² vorgesehen. Nach Ihrer Auffassung wird mehr Fläche benötigt.

Frau Hohn stellt fest, dass auch nach ihrer Ansicht 3 Gruppenräume für eine 12-klassige Grundschule zu wenig sind. Der Trend geht zu jahrgangsübergreifender Arbeit, wofür mehr Räume benötigt werden.

Frau Lessing ergänzt, dass im letzten Bericht ein Computerraum gefordert wurde. Sie bestätigt, dass eine Grundschule mehr Materiallagerbedarf hat. Sie meint, dass man nicht an der alten Schulbauförderrichtlinie aus dem Jahr 2005 festhalten, sondern den tatsächlichen Bedarf und die Prognosen für die Zukunft berücksichtigen muss. Die Einrichtung der Gemeinschaftsschule und die damit verbundenen An- und Umbauten müssen als Chance für dieses Schulgebäude gesehen werden.

Der Bürgermeister weist noch darauf hin, dass die Planungen auf den Start zum Schuljahr 2010/2011 ausgelegt sind. Die Tendenz für die Grundschule geht bis dahin schon zur 3-Zügigkeit. Diese wird dann auch die nächsten Jahre bestehen bleiben, da sich die Schülerzahlen nochmals erheblich reduzieren müssten, um zu einer 2-Zügigkeit zu kommen.

Frau Hillebrenner erläutert, dass bei den Planungen für die Gemeinschaftsschule von insgesamt 39 Klassen ausgegangen wurde, wovon noch 2 Klassen abgebaut werden. Für Fachunterricht wie z.B. Erdkunde, Wirtschaft- u. Politik u. a. sind keine Materialräume geplant, dieses Manko kann aber aufgefangen werden. Es gibt ausreichend große Klassenräume, in denen Schränke oder Regale aufgebaut werden können.

Frau Hillebrenner betont, dass sich die Schulleiterinnen und die an der Planung beteiligten Kolleginnen und Kollegen mit sehr viel Augenmaß an die Planung gemacht hätten. Sie meint, dass von Seiten der Schulen keine überzogenen Forderungen gestellt würden. Sie weist aber darauf hin, dass die fehlende Aussicht auf eine Oberstufe die Beteiligten bekümmert. Sie bittet den Ausschuss, sich diese als Option offen zu halten.

Frau Hillebrenner meint, dass das vorliegende Konzept der Verwaltung noch etwas überarbeitet werden muss. Dafür spricht auch ein neuer Erlass, der noch in Vorbereitung ist und in Kürze verabschiedet werden soll. Darauf wurden die Schulen in einem Gespräch mit Vertretern des Ministeriums am 27.01.2009 hingewiesen.



Demnach sind die Räume für die Koordinatoren (Liste Raumprogramm, Seite 5) zu klein und nicht ausreichend. Der Raumzuschnitt (lange schmale Schläuche) lässt es nicht zu, einen Tisch und 4 Stühle zu stellen. Der Bürgermeister stellt dazu fest, dass bei Einbeziehung beider Flure in die Raumplanung des Verwaltungstraktes eine bessere Raumaufteilung möglich sein müsste.

Frau Hillebrenner weist darauf hin, dass die Realschule sich bisher mit dem Gymnasium das Forum am Schulzentrum teilt. Für die Gemeinschaftsschule fehlt zukünftig eine Aula oder ein anderer Veranstaltungsraum für Vorführungen, Theaterproben usw.. Der Entwurf sieht die Nutzung der Sporthalle und dafür eine mobile Bühne vor. Durch den Sportunterricht ist die Halle nur bedingt verfügbar oder der Sportunterricht muss für Veranstaltungen oder deren Vorbereitung ausfallen.

Der Bürgermeister stellt fest, dass die derzeitige Aula der Schule zu klein ist. Für einige Veranstaltungen sind jedoch die Eingangshalle und die Mensa nutzbar. Auch das Forum im Schulzentrum, das ursprünglich als „Kulturtreffpunkt der Gemeinde“ errichtet wurde, kann zukünftig von der Gemeinschaftsschule genutzt werden und wird nicht dem Gymnasium vorbehalten.

Auf Nachfrage von Frau Brocks, ob die sogenannte externe Differenzierung möglich wäre, erklären die Schulleiterinnen, dass sie diesbezüglich keine Probleme sehen. Zzt. ist davon auszugehen, dass zukünftig zwei Realschul- und eine Hauptschulklasse zu unterrichten sind.

Frau Hohn fragt, ob der Lehrerarbeitssaal (siehe Liste Raumprogramm, Seite 5, 104 m²) erforderlich ist. Frau Honerlah meint, dass man im Hinblick auf die Größe der Schule, den Ganztagsunterricht und die steigenden Anforderungen an die Lehrer hier keine Abstriche machen sollte. Frau Lessing bestätigt diese Auffassung. In den zunächst 39 und zukünftig 36 Klassen werden voraussichtlich 70 - 75 Lehrkräfte unterrichten.

Abschließend werden die Schulleiterinnen noch einmal um Stellungnahme zur Unterbringung des Hortes gebeten. Frau Hartmann, Leiterin der Kindertagesstätte im Bürgerhaus (Kindergarten + Hort), in der außer den Grundschulkindern auch viele Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulformen betreut werden, hatte sich in einem gemeinsamen Gespräch gegen eine Unterbringung des Hortes im Schulgebäude ausgesprochen. Die Schulleiterinnen bestätigen diese Auffassung und verweisen auf die zukünftige Größe der Schule mit rd. 1.000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 6-16 Jahren. Im Gegensatz zu den anderen Ortsteilen wäre der Hort hier nicht nur an eine Grundschule, sondern an ein Schulzentrum mit Ganztagsunterricht angeschlossen. Es sei schon schwer genug, die verschiedenen Schulsysteme unter einem Dach zu vereinen. Die zusätzliche Unterbringung des Hortes ist hier nicht angebracht.

Herr Ramcke hat Bedenken, ob man unter Berücksichtigung der geschilderten Raumprobleme in der Schule am Beckersberg im Gegenzug dem Gymnasium zu viel Raum zur Verfügung stellt. Der Bürgermeister stellt fest, dass durch die Einführung von G8 zusätzliche Arbeits- und Fachräume erforderlich sind. Frau Hillebrenner bestätigt, dass das Gymnasium jetzt schon erhebliche Engpässe hat und dauerhaft Abhilfe geschaffen werden muss.

Es besteht Einvernehmen, dass der vorgelegte Entwurf des Raumprogramms zunächst fraktionsintern beraten und ggf. mit Änderungsvorschlägen in der nächsten Sitzung am 23.03.2009 beschlossen werden soll.



Auf Nachfrage von Frau Lessing bestätigt der Bürgermeister, dass die Verwaltung alle kleinen und großen Maßnahmen für das Konjunkturprogramm II angemeldet hat.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Mensaumbau im Alstergymnasium**

Die Ausschussmitglieder haben eine Beratungsvorlage erhalten, die der Bürgermeister erläutert. Erst aufgrund des Angebotes der Realschule einen weiteren Raum für den Mensabereich abzutreten, war die Änderung der Planung möglich.

Herr Bloßfeldt, der Leiter der Cafeteria, erhält die Gelegenheit zur Stellungnahme. Dieser bedankt sich bei Frau Hillebrenner, dass sie den Raum zur Verfügung stellt, da die Verhältnisse zzt. sehr beengt sind. Er beschreibt diese als zeitweise chaotisch. Es fehlt Raum, um den Kindern eine angemessene Essensatmosphäre zu bieten. Ab ca. 100 gleichzeitig erscheinenden Essenskindern müssen zzt. einige weggeschickt werden. Die neue Planung bietet s. E. nur Vorteile und lässt alle Optionen für Erweiterungen.

Frau Honerlah beurteilt die vorgelegte Planung als insgesamt sehr gelungen und als deutliche Verbesserung. Sie meint, dass die von Herrn Bloßfeldt angedacht Anzahl an Sitzplätzen möglicherweise etwas zu hoch kalkuliert ist. Sie weist darauf hin, dass möglicherweise zukünftig zwei Essenszeiten eingeplant werden, was die Situation noch etwas entspannen würde.

Auch die CDU- und SPD-Fraktion sind mit dem in der Anlage dargestellten „Plan B“ zufrieden und unterstützen diesen. In der nächsten Sitzung soll über die Kosten informiert werden. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend ergänzt.

Beschlussvorschlag: Der Kinder- und Jugendausschuss beschließt, die bisherigen Mensaplanungen nicht weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird gebeten eine neue Planung des Mensabereichs entsprechend der Anlage zur Vorlage vorzunehmen. Der Kinder- und Jugendausschuss ist in seiner nächsten Sitzung über die Kosten der neuen Planung zu informieren.

Beschlussfassung: Einstimmig.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: **Einrichtung eines Basketball-/Multifunktionsspielfeldes** **- Antrag der Kinder- u . Jugendvertretung -**

Den Ausschussmitgliedern ist eine Vorlage mit einem Antrag der Kinder- und Jugendvertretung zugegangen. Die Vorsitzende bittet Finn Christopher Steffen, Mitglied des Vorstandes, um Erläuterung des Antrages. Dieser erläutert, dass sich die Jugendlichen für diesen Standort aussprechen, da er zentral zwischen den Schulen und diversen Sport- und Freizeiteinrichtungen liegt und für alle gut erreichbar ist. Es grenzt keine direkte Wohnbebauung an und die Jugendlichen können die Flächen in Freistunden oder der Mittagspause aufsuchen. Außerdem kann die Nähe zum Jugendforum Tonne vorteilhaft sein.

Frau Brocks möchte wissen, warum nicht die Fläche mit den ehemaligen Tennisplätzen des FCU an der Olivastraße bevorzugt wird.



Herr Steffen führt aus, dass im Bürgerpark schon die Skateranlage liegt. Es sollte nicht alles im Bürgerpark geplant werden. Die Nähe zu den Schulen wäre dort nicht mehr gegeben.

Frau Honerlah stellt fest, dass sich die Kinder- und Jugendvertretung ihrer Meinung nach hinreichend mit der Standortfrage beschäftigt und einen guten Vorschlag gemacht hat. Sie meint, dass Herr Steffen sich nicht dafür rechtfertigen muss, warum andere Flächen nicht bevorzugt werden.

Frau Lessing erklärt, dass Beschlüsse der Kinder- und Jugendvertretung keine Alibi-Funktion haben dürfen. Auch sie hält den vorgeschlagenen Standort für sehr gut.

Frau Schwarz, Frau Hohn und Herr Süme fragen nach, ob das Grundstück überhaupt zum Verkauf stehe und zu welchem Preis. Außerdem wird gefragt, ob die Festwiese (z.B. für Zirkus) durch die Planung beeinträchtigt wird.

Der Bürgermeister erklärt, dass das betreffende Grundstück östlich des gepflasterten Weges vom Schulzentrum zur Beckersbergstraße liegt. Der bisherige Eigentümer wollte die Fläche nicht an die Gemeinde verkaufen. Jetzt ist ein Erbfall eingetreten, so dass Verhandlungen zum üblichen Preis für Freizeitanlagen (so auch F-Plan-Darstellung) geführt werden können. Frau Honerlah fragt nach, ob auch der Erwerb der gesamten Fläche (Stichwort: Betreutes Wohnen etc.) denkbar wäre. Hier ist zzt. noch alles offen.

Die sogenannte Festwiese (Rondell) wäre bei einer Planung auf dieser Fläche (am Korl-Barmstedt-Wanderweg) nicht betroffen.

Es wird darum gebeten, den Ausschuss in der nächsten Sitzung über die voraussichtlichen Kosten für den Grunderwerb zu unterrichten. Frau von Bressensdorf bittet außerdem darum, schon jetzt die Kosten für eine mögliche Nutzung der alten Tennisplätze des FCU zu ermitteln, falls die von der Kinder- und Jugendvertretung favorisierte Flächen nicht zur Verfügung steht.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: **Unterrichtungen / Anfragen**

a) Schülerbeförderung - Zwischenbericht zur Änderung des Vertrages über die Bestellung und Finanzierung der Buslinie 593

Den Ausschussmitgliedern wurde zu diesem Thema eine schriftliche Unterrichtung übersandt. Herrn Dornquast und Herr Möller erläutern einige Punkte. Es wird festgestellt, dass die SVG insgesamt gut reagiert und Verbesserungen erreicht hat. Die Buslinien werden spätestens bei einer Anbindung der Linie 293 an den Bahnhof Ulzburg-Süd wieder überprüft.

In diesem Zusammenhang wird die Anfrage von Frau Lessing (siehe TOP 2) vom Beginn der Sitzung aufgegriffen, die die Auffassung vertritt, dass die Satzung des Kreises Segeberg fehlerhaft angewendet oder ausgelegt wird. Herr Möller erklärt, dass er vom Kreis die Auskunft erhalten hat, der Begriff Gemeinde sei nicht gleichbedeutend mit dem Begriff Schulort. So kann es innerhalb einer Gemeinde mehrere Schulorte (Ortsteil Rhen und Ortsteile Henstedt, Ulzburg und Ulzburg-Süd) geben.



Frau Lessing kritisiert, dass die Auslegung der Kreisverwaltung dann eine andere wäre, als in der Beschlussfassung des Kreistages gemeint. Sie will dieses direkt mit der Kreisverwaltung klären. Sie hält eine eindeutige Regelung für alle Schülerinnen und Schüler in Henstedt-Ulzburg für erforderlich.

Frau Honerlah meint, dass es innerhalb der Gemeinde Henstedt-Ulzburg nur eine Zone für den ÖPNV gibt, so dass sich die Frage nach den Kosten oder der Zuschussung einer Großraumkarte gar nicht stellt.

Über das Ergebnis der o.g. Anfrage an das Kreisschulamt soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses berichtet werden.

b) Abrechnung für die Mittagsverpflegung in der Schule am Beckersberg

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt eine schriftliche Unterrichtung vor. Die vorgesehene Umstellung des Abrechnungssystems zum 01.02.2009 ist zeitlich nicht mehr möglich. Die Verwaltung beabsichtigt, zur nächsten Sitzung einen Vorschlag vorzulegen.

c) Belegung der Sporthalle und des Mehrzweckraumes in der Grundschule Ulzburg-Süd

Über den bisherigen Stand der Planungen wurde schriftlich berichtet. Außerdem wurde ein Hallenbelegungsplan übersandt. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass es sich hier um die ersten Planungen handelt, Veränderungen sind möglich.

d) Schulwegsicherung an Grundschulen

Zu diesem Thema wurde ebenfalls eine schriftliche Unterrichtung vorgelegt. Frau Brocks beanstandet, dass die aufgeführte Umfrage an der Grundschule Ulzburg ihrer Meinung nach nicht korrekt durchgeführt wurde. Die Eltern wurden unter der Voraussetzung der Teilnahme an einer Fortbildung befragt. Sie meint, dass sich deshalb niemand gemeldet hat.

Herr Süme meint, dass nicht nur Eltern die Lotsendienste übernehmen könnten, sondern auch andere Personen (z.B. Senioren), die selbst keine direkte Verbindung zur Schule haben. Dieses wird bestätigt.

Frau Honerlah stellt fest, dass die Einführung von Lotsendiensten nach den jetzt vorliegenden Informationen für sie erledigt ist.

e) Kostenausgleich für Krippenplätze in Waldorfeinrichtungen

Der Bürgermeister informiert darüber, dass die Waldorfeinrichtung in Kaltenkirchen mit Beginn des Jahres eine Krippe eröffnet hat, in der auch Kinder aus Henstedt-Ulzburg betreut werden. Wie bei den Kindergartenplätzen wird auch für die Krippenplätze ein Kostenausgleich wegen der Besonderheit der Waldorfpädagogik gewährt.



f) Betreuung von I-Kindern in Kindertagesstätten außerhalb von Henstedt-Ulzburg

Frau Dosdahl hat bei der Verwaltung nach der Anzahl von Integrationskindern, die außerhalb von Henstedt-Ulzburg betreut werden, gefragt. Die Daten liegen in Henstedt-Ulzburg nicht vor. Eine Anfrage beim Kreis Segeberg ergab, dass es außer den 2 Einzelintegrationsmaßnahmen in Henstedt-Ulzheimer Kindertageseinrichtungen, 17 Kinder gibt, die in der Einrichtung der Lebenshilfe Kaltenkirchen (Pustebblume) betreut werden. Über das Alter der Kinder und die Betreuungszeiten ist nichts bekannt.

Außerdem gibt es in 9 Fällen eine Frühförderung für Kinder über 3 Jahren mit 1 Stunde pro Woche. Ob und wo diese Kinder betreut werden, ist ebenfalls nicht bekannt.

Im Laufe des Jahres wird es ein Kind geben, das von außerhalb nach Henstedt-Ulzburg zieht und einen Einzelintegrationsplatz benötigt. Außerdem liegt eine Anfrage für den Wechsel eines Henstedt-Ulzheimer Kindes aus der Einrichtung Pustebblume nach Henstedt-Ulzburg im letzten Jahr vor dem Eintritt in die Schule vor.

g) Tagespflege / Tagespflegestellen

Eine Anfrage beim Verein Tagespflege Norderstedt e.V. ergab, dass in Henstedt-Ulzburg zzt. 30 Tagespflegestellen mit insgesamt 126 Plätzen zur Verfügung stehen. Zwei Tagesmütter pausieren momentan, die Gründe sind nicht bekannt. Zwei Tagespflegestellen wurden zu Beginn des Jahres neu eingerichtet. Zum Jahreswechsel gab es noch 37 freie Plätze.

Wie bereits unterrichtet, soll ein neuer Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und dem Verein Tagespflege Norderstedt e.V. geschlossen werden. Es ist eine höhere finanzielle Beteiligung der beteiligten Kommunen als bisher vorgesehen. Der Jugendhilfeausschuss tagt am 10.02.2009. Der neue Vertrag wird dem Ausschuss voraussichtlich in der nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt.

h) Gebührenbefreiung im letzten Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt

Wie bereits von Presse, Funk und Fernsehen berichtet, sollte ab dem 01.08.2009 eine Gebührenbefreiung für die Betreuung bis zu 5 Stunden pro Tag für alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung eingeführt werden. Das Haushaltsstrukturgesetz, das diese Gebührenbefreiung regelt, ist am 01.01.2009 in Kraft getreten. Da die Gesetzesänderung den 01.08.2009 nicht ausdrücklich erwähnt, gilt die Gebührenbefreiung bereits jetzt.

Die Gemeinde hat, da der Landtag dieses Thema in der letzten Januarwoche nochmals berät, die bereits gedruckten Beitragsbescheide für alle Eltern bisher noch nicht verschickt und auch keine Gebühren eingezogen.

Voraussichtlich erhalten die Kinder, die zum Schuljahresbeginn 2009/2010 eingeschult werden, im Januar 2009 die Betreuung bis zu 5 Stunden gebührenfrei.



Für die Monate Februar bis Juli ist die volle Gebühr unter Berücksichtigung der 50-%-igen Ermäßigung der Gemeinde zu zahlen und auch für den Monat August 2009, falls die Kinder dann nicht schon abgemeldet sind. Alle Kinder, die zum Schuljahr 2010/2011 schulpflichtig sind, erhalten die Beitragsfreiheit ab 01.08.2009.

Die Erstattung der Gebührenauffälle durch das Land ist noch zu klären. Neue Bescheide müssen erstellt und gedruckt werden. Die Fälligkeiten sind entsprechend zu verschieben. Die Verwaltung wird den Mehraufwand gegenüber dem Land geltend machen. Diese Gebührenbefreiung muss in der Neufassung der Kita-Satzung, die in diesem Jahr vorgesehen ist, berücksichtigt werden. Die Neufassung der Satzung sollte zum 01.08.2009 in Kraft treten.

i) Kooperationserzieherinnen

Eine Kooperationserzieherin wurde zwischenzeitlich eingestellt. Bis zum 30.04.2009 wird diese zunächst in den Kindertagesstätten eingesetzt. Die ersten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten sind positiv. Zum 01.04.2009 sind weitere Einstellungen vorgesehen, sofern die Haushaltsmittel dafür bereit gestellt werden.

j) Hausaufgabenhilfe

Die Hausaufgabenhilfe wird zum 01.02.2009 eingerichtet. Die Zahlen der Schulen liegen vor und sind sehr unterschiedlich. Da es an einer Schule z.B. nur 3 Kinder sind, wird überlegt das Angebot mit dem der VHS im Hort zu verbinden. Bei der Planung gibt es noch zeitliche Probleme. Die Schulen und Eltern wünschen die Hausaufgabenhilfe direkt nach der Schule. In den Horten gibt es die Angebote erst später (nach Mittagspause und anderen allgemeinen Angeboten).

Frau Honerlah fragt nach, ob die Hausaufgabenhilfe als wiederkehrende Leistung nicht ausgeschrieben werden müsste und verweist auf die Entscheidung des Bürgermeisters zum Mehrgenerationenhaus. Der Bürgermeister sichert eine Prüfung zu.

k) Raumlufmessungen Kindergarten Moorweg

Die letzten Messungen im Kindergarten Moorweg wurden durchgeführt. Es wurden keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt. Die bisherigen Maßnahmen waren geeignet zur Verbesserung der Raumlufwerte. Die Verwaltung wird an den weiteren geplanten Maßnahmen festhalten.

l) Schimmelpilzbefall Grundschule Rhen

Der Bürgermeister berichtet, dass der Schimmelpilzbefall behoben wurde. Zur dauerhaften Sicherung gegen erneuten Schimmelpilzbefall ist eine Sanierung der Außenfassade erforderlich, die ohnehin geplant ist.



m) Vorüberlegungen zur Einrichtung einer Krippe im bisherigen Hausmeisterhaus der Grundschule Ulzburg

Der Bürgermeister berichtet, dass der Hausmeister seinen Mietvertrag für das Hausmeisterhaus an der Grundschule Ulzburg zum 31.03.2009 gekündigt hat. Die Verwaltung hat Vorüberlegungen zur Einrichtung einer Krippe in diesem Gebäude angestellt. Eine Küche und zwei Sanitärräume sind vorhanden. Das Wohn- und Elternschlafzimmer sowie zwei der Kinderzimmer könnten zu jeweils einem Gruppenraum verbunden werden. Ein weiteres Kinderzimmer könnte als Mitarbeiterraum dienen. Ein Windfang und ein Carport für Kinderwagen und Außenspielzeug sind vorhanden. Im Garten könnte ein Außenspielbereich angelegt werden.

Die Verwaltung hat diese Überlegungen dem Kreis Segeberg mitgeteilt, der die Genehmigung für eine Krippe mit zwei Gruppen, und zwar für 10 und 8 Kinder in Aussicht stellt. Das Hausmeisterhaus müsste geringfügig umgebaut (Durchbrüche s.o., Sanitäreinrichtungen für Kleinkinder, Wickelplatz) und saniert (Fußböden in den Gruppenräumen) werden. Somit könnte auf die Krippe im Obergeschoss vom Hofbau und die dafür erforderlichen Baumaßnahmen verzichtet werden.

Dort würden somit zwei Gruppenräume mehr zur Verfügung stehen, in denen z.B. eine Familiengruppe oder eine Gruppe mit Integrationsmaßnahmen eingerichtet werden können.

Die Ausschussmitglieder sehen diese neue Möglichkeit positiv. Die Verwaltung kann die Planungen dafür fortsetzen.

n) Fußbodenbelag Turnhalle Grundschule Ulzburg

Es ist vorgesehen, dass die Grundschule Ulzburg zukünftig die Sporthalle als Mehrzweckhalle (statt der bisherigen Pausenhalle im Hofbau) nutzt. Frau Schwarz fragt an, ob es stimmt, dass der Fußbodenbelag dafür nicht geeignet ist.

Dieses wird vom Bürgermeister bestätigt. Es wurde geprüft, ob die Stühle mit einer Konstruktion um die Stuhlbeine versehen werden könnten, um Abdrücke im Boden zu vermeiden. Damit bliebe aber das Problem von Stöckelschuhen oder Gehhilfen, die sich in den Boden drücken. Das Bauamt prüft die Möglichkeiten.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

gez. Annette Marquis
(Ausschussvorsitzende)

gez. Angela Klimpel
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)